



**STIFT
KLOSTERNEUBURG**
ANONYME ANSCHULDIGUNGEN,
PÄPSTLICHER VISITATOR

**MEDIZINER RÄTSELN
ÜBER DAUERHAFTE
SCHÄDIGUNGEN**

CORONA DIE SPÄTFOLGEN



PROFIL-UMFRAGE
VP 41 • SP 18 • GRÜNE 16 • FP 15 • NEOS 9

CHRISTIAN RAINER
„DIE WELT AUF SCHLINGERKURS“

Österreichische Post AG, WZ 192041892, W. Profil-Redaktion GmbH, Leopold-Linggar-Platz 1, 1190 Wien
Retouren an Postfach 100, 11350 Wien

€ 4,50



„Das geht Sie einen feuchten ... an“

Anwälte, die einem Ministerialbeamten Hilfe bei der Glücksspielreform anbieten, ein diskretes Mail aus der FPÖ an einen Casinos-Vorstand, ein möglicher Deal in Wien und ein Aufsichtsratsjob für den Mann einer Kanzler-Beraterin. Chat-Protokolle und E-Mails zeigen, wie in Österreich Gesetze gemacht und Posten vergeben werden.



JOHANN GUDENUS
782 Nachrichten zu den
Themen Glücksspiel
und Ibiza-Video.

VON CHRISTINA HIPTMAYR UND STEFAN MELICHAR

Rund 800 sogenannte Ordnungsnummern umfasst er bereits, der Ermittlungsakt der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in der Causa Casinos. Manche dieser Aktenteile sind mehrere Hundert Seiten stark. Ein Ende des Papierzuwachses ist allerdings nicht in Sicht: Immer noch werden Handychats, E-Mails und andere Dokumente ausgewertet. Immer noch werden Berichte verfasst, Zeugen einvernommen und Anordnungen erteilt.

Die brennende Frage, der die Ermittler seit einer anonymen Anzeige im Mai 2019 mit großer Vehemenz nachgehen: Gab es einen illegalen Deal zwischen damaligen FPÖ-Politikern und dem Glücksspielkonzern Novomatic? Grundvorwurf ist, dass Novomatic im Gegenzug für bestimmte Gefälligkeiten eine wohlwollende Unterstützung in Bezug auf Regulierungsfragen im Glücksspielbereich zugesagt worden wäre – bis hin zu einer heiß begehrten Online-Glücksspiellizenz. Ermittelt wird unter anderem wegen des Verdachts der Bestechung und der Bestechlichkeit.

Alle Betroffenen bestreiten sämtliche Vorwürfe vehement. Völlig unabhängig davon, was am Ende des Tages strafrechtlich herauskommen wird: Dieser Verfahrensakt hat das Zeug dazu, ein Stück Zeitgeschichte zu werden. Die zahlreichen Funde der Staatsanwälte zeigen, wie es in dieser Republik hinter den Kulissen mitunter zugeht, wenn politische Posten besetzt und heikle Gesetze auf den Weg gebracht werden. Am 21. Juli 2020 ist ein neues Aktenstück hinzugekommen – ein Amtsvermerk über eine Datenauswertung. Der Inhalt des 49-seitigen Papiers, das profil vorliegt: augenöffnend.

Die Kontakte des Automaten-Jägers

Der Vorgang mag per se nicht anstößig sein. Im Lobbying-Kontext ist er freilich höchst bemerkenswert: Am 15. Jänner 2019 erhielt ein Mitarbeiter im Finanzministerium, der dort für die Vorbereitung neuer Vorhaben im Bereich des Glücksspielgesetzes zuständig ist, ein E-Mail einer Anwaltskanzlei. Nicht irgendeiner Kanzlei wohlgemerkt, sondern der Anwaltsfirma B&S, an der der frühere Justizminister Dieter Böhmdorfer beteiligt ist. Im E-Mail bezog man sich auf ein am selben Tag geführtes Telefonat und schrieb: „*Wie aus den Medien bekannt ist, erarbeiten Sie derzeit einen Gesetzesentwurf für eine Novelle im Glücksspielgesetz. Gerne würden wir Sie dabei im Namen unserer Mandantin – soweit zulässig – unterstützen.*“

Die erwähnte Mandantin war eine Omnia Online Medien GmbH. Und an diesem Punkt wurden die Ermittler offenbar hellhörig. Hinter der Omnia steht nämlich ein gewisser Gert Schmidt. Dieser sollte später breitere Aufmerksamkeit erlangen, da er auf seiner Website „eu-infothek“ intensiv über die Hintermänner des Ibiza-Videos berichtete. Im Glücksspielbereich war er jedoch schon lange vorher ein Begriff, da er beziehungsweise seine Firmen illegale Anbieter ausforschen lässt und Anzeigen erstattet. Entsprechend äußerte sich auch die Kanzlei B&S in ihrem E-Mail an den Referenten im Finanzministerium: „*Wir haben von unserer Mandantin den Auftrag erhalten, insbesondere das illegale Glücksspiel im Online Bereich auf verschiedenen Ebenen zu bekämpfen.*“

Das klingt nach einem noblen Anliegen. Die WKStA hält im Amtsvermerk jedoch noch etwas ganz anderes fest. Darin heißt es nämlich: „*Schmidt hat augenscheinlich eine Nahebeziehung zur Novomatic AG, die auf Grundlage der vorliegenden Informationen seine Aktivitäten im Glücksspielbereich in einem wohl nicht unerheblichen Ausmaß finanzieren dürfte. Es erscheint lebensnah, dass Schmidt aus diesem Grund die Interessen der Novomatic AG fördert oder diese vertritt.*“ Die Ermittler weisen auf eine Aussage Schmidts in einem Zivilprozess, wo er demnach angab, er habe über „gute Kontakte zu Herrn Graf (Anm.: damit soll wohl Novomatic-Eigentümer Johann Graf gemeint gewesen sein)“ verfügt. Zur Finanzierung seiner Internet-Plattform gegen illegales Glücksspiel verwies Schmidt darauf, von Novomatic Kostensersatz für gewisse Leistun-

gen, etwa „Fremdkosten wie Rechtsanwaltskosten oder Detektivkosten“ zu erhalten.

Dass eine Anwaltskanzlei im Auftrag einer Firma Schmidts bezüglich einer laufenden Glücksspiel-Novelle im Finanzministerium vorstellig wird, wobei Schmidt offenbar eine Nahebeziehung zu Novomatic hat, wirft heikle Fragen auf. Dies umso mehr, als die Ermittler auch auf E-Mails und Chatnachrichten zwischen Schmidt und dem damaligen FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus gestoßen sind. Gegen Letztere wird in der Causa Casinos ermittelt.

Die aufgefundenen Nachrichten beginnen am 8. Mai 2019 – etwa eineinhalb Wochen vor der Veröffentlichung des Ibiza-Videos. Insgesamt stieß die WKStA auf 782 Chat-Nachrichten zwischen Schmidt und Gudenus. Zum inhaltlichen Verlauf schreiben die Ermittler: „*Bis zur Veröffentlichung des ‚Ibiza-Videos‘ bezog sich die Konversation ausschließlich auf das Thema Glücksspiel.*“ Danach sei es um das Video und die Ausforschung der Hintermänner gegangen, was „*nur mehr gelegentlich von glücksspielrelevanten Nachrichten unterbrochen*“ worden sei. Noch am 17. Mai

übermittelte Schmidt an Gudenus übrigens eine „*Novo-Stellungnahme zu Spiegel-Gift-Video*“. In der Folge gab er ihm Tipps PR-technischer, aber auch rechtlicher Natur. Etwa: „*eine wesentliche Entlastung wäre die Enthüllung der wahren Täter: die einzige Straftat, welche ersichtlich ist, ist die verbotene Video- und Ton-Aufnahme*“ oder „*und jetzt anzeigen und klagen*“. Einmal verwies Schmidt auf „*Schender/Böhmendorfer* (Anm.: Rüdiger Schender ist Kanzleipartner Böhmendorfers) – *Meine Freunde!*“ Gudenus antwortete: „*Meine auch :)*“

Zuvor hatte Schmidt auch sogenannte – von B&S erstellte – Positionspapiere und weiterführende Anregungen an Gudenus übermittelt. Einer dieser Vorschläge, der wohl durchaus im Sinne der Novomatic gewesen wäre: drei aktuell nicht vergebene Casino-Lizenzen neu auszuschreiben „*ergänzt durch jeweils eine an diese Konzession gebundene neue Online Konzession*“.

Schmidt bestreitet auf profil-Anfrage, ein Lobbyist des Glücksspielkonzerns zu sein. Sämtliche Tätigkeiten geschähen „ohne jeden Einfluss der Novomatic“. Der Anwalt des Glücksspielkonzerns, Peter Zöchbauer, wiederum verweist darauf, dass die Novomatic rechtlich gegen Anbieter von illegalem Glücksspiel vorgehe. „Dazu bedient sich meine Mandantin externer Berater, nämlich unterschiedlicher Rechtsanwaltskanzleien sowie auch einem Unternehmen von Prof. Gert Schmidt“. Darüber hinaus gebe es keine Kooperation.

Die Kanzlei B&S weist in Bezug auf ihre Tätigkeit für Schmidt eine Involvierung von Novomatic zurück: „Unser Mandant war ausschließlich die Omnia Online Medien GmbH.“ Man habe ausschließlich von

Von: B&S Böhmendorfer Schender Rechtsanwälte GmbH <[REDACTED]>
Gesendet: Dienstag, 15. Jänner 2019 09:52
An: post [REDACTED]@bmf.gv.at
Betreff: Omnia Online Medien GmbH, unser AZ [REDACTED]

Sehr geehrter Herr Mag. [REDACTED]

wie heute telefonisch besprochen vertritt unsere Kanzlei die Omnia Online Medien GmbH, welche mit Ihrer Seite Spieler-Info.at das illegale Glücksspiel in Österreich bekämpft.

Wir haben von unserer Mandantin den Auftrag erhalten, insbesondere das illegale Glücksspiel im Online Bereich auf verschiedenen Ebenen zu bekämpfen.

Wie aus den Medien bekannt ist, erarbeiten Sie derzeit einen Gesetzesentwurf für eine Novelle im Glücksspielgesetz. Gerne würden wir Sie dabei im Namen unserer Mandantin - soweit zulässig - unterstützen.

Zu diesem Zweck bitten wir um:

- Übermittlung offiziell zugänglicher Materialien
- Mitteilung wann das Gesetz in Begutachtung gehen soll.

Für allfällige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit (auch telefonisch) zur Verfügung!

Dem E-Mail von SCHMIDT an Mag. GUDENUS vom 9. Mai 2019 ist eine Beilage angeschlossen, die mit „**Glücksspiel in Österreich – Ordnungspolitische Maßnahmen / Anregungen/ Möglichkeiten Stand 25. Oktober 2018**“ betitelt ist.

In der Beilage werden zahlreiche Änderungen im Glücksspielrecht angesprochen, darunter jene aus dem „Positionspapier zu Sportwettterminals“, aber auch weitere, wie - insbesondere hier von Relevanz - die „Neuausschreibung der bereits einmal erfolgten Lizenzvergabe von drei Vollcasinos in Österreich, ergänzt durch jeweils eine an diese Konzession gebundene neue Online Konzession“ und (im Effekt) ein IP-Blocking.

dieser Anweisungen erhalten und angenommen. Auch die Rechnungslegung sei stets an diese Gesellschaft erfolgt. Dass die Omnia „im Zuge einer medial bereits bekannten beabsichtigten Glücksspielgesetznovelle Hinweise und Vorschläge zur Stärkung von Spielerschutz und Bekämpfung des illegalen Glücksspiels dem zuständigen Fachressort ... anbietet, ist weder ungewöhnlich noch überraschend.“ Es sei aber nie zu einer Einbindung gekommen. Erwähnt sei, dass B&S in der Causa Casinos im Frühjahr 2020 die anwaltliche Vertretung eines beschuldigten Novomatic-Managers übernommen hat, bei dem die Ermittler laut Hausdurchsuchungsbericht „*handschriftliche Notizen über die Beschaffung von Casinolizenzen*“ sichergestellt haben.

Von Johann Gudenus wollte profil unter anderem wissen, wie er mit Schmidt zum Thema Glücksspiel in Kontakt gekommen sei. Seine schriftliche Antwort: „Das geht Sie eigentlich einen feuchten ... an, aber eines verrate ich Ihnen: über Tinder sicher nicht.“ Und auch nicht über die Vermittlung von Novomatic. Das Thema Glücksspiel habe ihn nur am Rande interessiert. Bis er am 18. Mai 2019 aus allen Ämtern zurückgetreten sei, habe er Schmidt zehn Tage lang gekannt und nicht die Möglichkeit gehabt, die zur Ver-

FAKSIMILE
An einer Reform des Glücksspielrechts bestand reges Interesse.

fügung gestellten Unterlagen zu studieren. Er habe sich nichts vorzuwerfen, alle Vorwürfe würden sich in Luft auflösen. „Das Ganze ist eine Farce.“ Der Amtsvermerk der WKStA sei „in sich unschlüssig“ und „einfach eine bunt zusammengewürfelte Masse an Nachrichten“.

Sidlos FPÖ-Informantin

Bunt ist die Sammlung an Nachrichten und Chats tatsächlich. Bei dem einen oder anderen Vorgang stellt sich allerdings die Frage, ob es die beteiligten Personen nicht vielleicht zu bunt getrieben haben.

Im Zentrum des Ermittlungsverfahrens steht die Bestellung des langjährigen FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Vorstand der Casinos Austria AG (Casag) Ende März 2019. Bekanntermaßen erfolgte diese nicht zuletzt auf Betreiben von Novomatic. Im Mai trat er den Job an. Zwei Monate später, am 2. Juli 2019, schrieb Sidlo von seinem Handy folgende Nachricht an eine frühere Mitarbeiterin des seinerzeitigen FPÖ-Finanzstaatssekretärs Hubert Fuchs, die später im FPÖ-Parlamentsklub andockte: „Hallo ..., bitte vergiss nicht auf mich und den Gesetzesentwurf zum GSpG.“

Er bat sie, ihm den Entwurf zum Glücksspielgesetz an seine private E-Mail-Adresse zu schicken. Sechs Tage später, am 8. Juli 2019, kam die Frau der Bitte

Win-Wien-Situation

Nachgerade mysteriös wirken Novomatic-interne Chats aus dem Jahr 2018, die sich dem Anschein nach um eine Novelle des Wiener Wettengesetzes und um die umstrittene Aufstellung sogenannter Video-Lotterie-Terminals (VLTs) drehen. VLTs sind Glücksspielautomaten, die aufgrund der in der Casag-Gruppe liegenden Lotteriekonzession aufgestellt werden können. In Wien, wo seit 2015 das sogenannte kleine Glücksspiel verboten ist, sorgte die Aufstellung solcher Geräte im Februar 2018 für politische Aufregung.

Die vorliegenden Chats deuten nun auf einen möglichen Deal hin. Ein Novomatic-Mitarbeiter schrieb am 23. Februar 2018 an den damaligen CEO Harald Neumann: „Ulli S ist mit 150 einverstanden, aber wir sollen Vorschlag für eine Art Vereinbarung ... machen, dass man vorerst nur 150 Geräte betreiben wird und mehr nur nach Absprache mit Stadt Wien. Wenn wir das machen, wird auch Wettengesetz entsprechend modifiziert!“ Der Novomatic-Mitarbeiter berichtete Neumann über ein Gespräch, das er geführt habe – die WKStA vermutet, mit SPÖ-Stadträtin Ulrike Sima. Ihr Büro bestreitet vehement, dass es einen solchen Termin gegeben habe.

Wer auch immer der Gesprächspartner war: Die Lotterien erklärten tatsächlich in einem Brief an die Stadt, dass neue Geräte nur in Abstimmung mit Sima aufgestellt würden – ausgenommen jene 150, die das Finanzministerium bereits genehmigt habe. Was auf der anderen Seite das Wettengesetz betrifft, ging es Novomatic laut Chats vor allem um Details bei Zutrittsregeln. Am 9. März 2018 schrieb besufter Novomatic-Mitarbeiter erneut an CEO Neumann: „Habe

gerade vertraulich den neuen Passus bekommen. Wenn das so kommt, haben wir gewonnen!“ Ein übermitteltes Foto eines Absatzes zum Thema Aufenthalts- und Zutrittsbeschränkungen in Wettlokalen deckt sich mit der endgültig beschlossenen Version. Offiziell im Landtag eingebracht wurde diese laut WKStA erst 14 Tage später.

In Simas Büro zeigt man sich verwundert. Dort vertritt man die Ansicht, dass der beschlossene Text „viel präziser und damit schärfer“ sei als der Begutachtungsentwurf. Die Stadt habe „trotz vehementer Widerstände die strengen Regelungen im Landtag beschlossen“. Was die VLTs betrifft, habe man rechtlich keine Chance gehabt, die vom Bund genehmigten Automaten zu verhindern. Sima kämpfe seit vielen Jahren gegen illegales Glücksspiel und illegale Werten und sei daher für die Betreiber seit Langem „ein rotes Tuch“. Es habe keinerlei Abmachung gegeben.

Novomatic wiederum bestreitet, sich vertrauliche, amtliche Informationen organisiert zu haben. „Zeitgleich mit allfälligen Chat-Verläufen“ habe die Wirtschaftskammer Wien „den Entwurf einer Stellungnahme zur Novellierung des Wiener Wettengesetzes versendet und um Feedback dazu gebeten“. Die Frage

Am 2. Juli 2019 erinnert Mag. SIDLO die (zumindest bis 18. Mai 2019 als [REDACTED] von DDr. FUCHS beschäftigten²⁴⁾ [REDACTED], dass sie ihm den Gesetzesentwurf zum GSpG an seine private E-Mailadresse schicken soll.

Chat #	Participants	Source	Insti From	Body	Timestamp: Time
30	[REDACTED]	Message: 1	[REDACTED]	Hallo [REDACTED] bitte vergiss nicht auf mich und den Gesetzesentwurf zum GSpG. Bitte an [REDACTED] schicken. Danke dir!	02.07.2019 13:23:18(UTC+0)

BONUSWÜRDIG
„Neues GSpG als Erster gesehen.“



PETER SIDLO
„Keine neue Toilette EUR 4500 gespart.“

nach. Von ihrer FPÖ-E-Mail-Adresse übermittelte sie einen „sektionsinternen Entwurf für die GSpG-Novelle“, der „von den Beamten erstellt wurde und leider nie in gemeinsamen Runden beider Kabinette (Fuchs und Löger) mit der Fachabteilung diskutiert“ worden sei. Die Frau verwies auf „einigen Diskussions- und Änderungsbedarf“.

Solche inhaltlichen Zweifel schienen Sidlo jedoch nicht zu kümmern. Auf seinem Handy hatte er unter dem Titel „Prämie“ eine durchaus umfangreiche Liste angelegt, die augenscheinlich Argumente für eine Bonuszahlung darstellen könnten. Dort notierte er: „Neues GSpG als Erster gesehen und intern zur Stellungnahme weitergegeben“.

profil wollte von Sidlos Informantin wissen, ob sie die internen Unterlagen aus dem Finanzministerium mitgenommen hatte. Die Anfrage blieb bis Redaktionsschluss ebenso unbeantwortet wie jene an Sidlo. Letztere enthielt auch die Bitte um nähere Erläuterung eines anderen Eintrags in der Prämien-Liste: „keine neue Toilette EUR 4500 gespart“. Sollte das in der teilstaatlichen Casag tatsächlich als bonuswürdige Leistung gelten, wäre das durchaus bemerkenswert.

Zeitpunkt	Thread	Sender	Text	Empfänger
2018-01-30 12:32:45.064	Einzelchat	Thomas Schmid	Bitte sag Axel und Co Georg muss BMF Kandidat für Bundesforste sein Bussi	Spiegelfeld Gabi [REDACTED]
2018-01-30 12:36:08.42C	Einzelchat	Spiegelfeld Gabi [REDACTED]	Habs Axel grad geschrieben.. Seb auch???????	Thomas Schmid
2018-01-30 12:36:26.881	Einzelchat	Thomas Schmid	Ja bitte	Spiegelfeld Gabi [REDACTED]
2018-01-30 12:36:35.26C	Einzelchat	Thomas Schmid	Ich werde das nämlich jetzt dann veranlassen	Spiegelfeld Gabi [REDACTED]
2018-01-30 22:15:04.541	Einzelchat	Thomas Schmid	Habe der Landwirtschaft heute mitgeteilt dass wir Georg in die Bundesforste schicken werden	Spiegelfeld Gabi [REDACTED]
2018-01-31 07:20:54.434	Einzelchat	Spiegelfeld Gabi [REDACTED]	👍	Thomas Schmid

nach dem – merkbar gut informierten – Gesprächspartner des Novomatic-Mitarbeiters blieb unbeantwortet.

Der Postenmacher

Im Amtsvermerk der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) vom 21. Juli 2020 zur Causa Casinos, der zahlreiche Mail- und Chatverläufe enthält, ist es nur ein kurzer Exkurs. Um das System Österreich zu verstehen, ist es jedoch Anschauungsmaterial erster Güte. Die handelnden Personen: der frühere Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium und nunmehrige Alleinvorstand der staatlichen Beteiligungsholding ÖBAG, Thomas Schmid, der in der ÖVP bestens vernetzt ist – und die PR-Beraterin Gabriela Spiegelfeld, die als Vertraute von Bundeskanzler Sebastian Kurz gilt. Bereits 2017 organisierte sie etwa im Wahlkampf ein Personenkomitee für den ÖVP-Chef.

Wenige Monate später, im Jänner 2018, schickte ihr Schmid laut Chat-Protokoll (siehe Faksimile) folgende Nachricht: „Bitte sag Axel und Co Georg muss BMF Kandidat für Bundesforste sein Bussi“. Spiegelfeld antwortete: „Habs Axel grad geschrieben.. Seb auch??????“. Schmid darauf: „Ja bitte Ich werde das nämlich jetzt dann veranlassen“. Was hat es damit auf sich? Nun: Anfang März 2018 wurde dann ein gewisser Georg Spiegelfeld auf Vorschlag des Finanzministeriums in den Aufsichtsrat der Österreichischen Bundesforste gewählt. Georg Spiegelfeld ist Immobilienunternehmer – und der Mann von Gabriela Spiegelfeld. Er bedankte sich Ende Februar 2018 bei Schmid für den Posten.

Gab es ein Auswahlverfahren? Schmid's Anwalt Thomas Kralik schreibt auf profil-Anfrage: „Bei der Kandidatenauswahl wurden persönliche und fachliche Qualitätskriterien umfassend berücksichtigt.“ Georg Spiegelfeld verweist darauf, dass Immobilien ein zweiter großer Umsatzbereich der Bundesforste sei, und er in diesem Fachbereich seit mehr als 40 Jahren tätig sowie seit 20 Jahren auch gerichtlich zertifizierter Sachverständiger sei. Seine Frau teilte mit, sie habe sich nichts vorzuwerfen, da ihr Mann allen Qualifikationen für diese Position entspreche

Doch wer sind eigentlich „Axel“ und „Seb“ aus den Chat-Protokollen? Diese Frage ließ Gabriela Spiegelfeld unbeantwortet. ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior teilte mit, hier werde „einmal mehr versucht, einen Skandal zu kreieren, wo schlicht

und ergreifend keiner ist“. Ein Sprecher von Kanzler Sebastian Kurz meint: „Es ist ein weiterer Skandalisierungsversuch einer korrekten Personalentscheidung.“ Das Kanzleramt sei nach der Entscheidung vom Finanzministerium über die Besetzung informiert worden.

Eine andere Job-Besetzung ist Thema einer Meldung, die am 10. Juli dieses Jahres auf der Whistleblower-Website der WKStA einging. Ein ehemaliger Mitarbeiter der ÖBAG schildert darin, wie sein Bewerbungsprozess abgelaufen sei: „*Ein erstes Gespräch mit der Personaldienstleisterin (Anm.: Name der Redaktion bekannt) fand am 8.1.2019 um 16 Uhr in ihrem Büro statt. Darin wurde mir die Übergangssituation der ÖBIB zur ÖBAG erläutert. Nach meiner Erinnerung wurde schon damals Herr Schmid als ‚Vorstand in spe‘ bezeichnet*“. Ein weiteres Gespräch habe es eine Woche später gegeben. Wieder im Büro der Headhunterin. Diesmal sei auch ein Vertrauter Thomas Schmid's anwesend gewesen. Wieder sei ihm erklärt worden, dass die Vorstandsposition der ÖBAG zwar noch offiziell ausgeschrieben werden müsse, Schmid aber „*praktisch gesetzt*“ sei.

Am 18. Jänner 2019 habe man sich abermals getroffen. Bei dem Gespräch, welches im Finanzministerium stattgefunden habe, habe neben der Personalberaterin und Schmid's Vertrautem auch dieser selbst teilgenommen. „*Ich wurde darin Herrn Schmid (...) als sehr gute Besetzung für diese Stelle empfohlen. Kurz darauf erhielt ich die mündliche Zusage – ohne je mit einem amtierenden Vertreter der ÖBAG gesprochen zu haben.*“ Tatsächlich wurde der Vorstandsposten der ÖBAG erst am 21. Februar 2019 ausgeschrieben. Weshalb also interessierte sich Thomas Schmid für das Recruiting von Mitarbeitern der zweiten Ebene?

„Als der für das Beteiligungsmanagement mitzuständige Kabinettschef beziehungsweise Generalsekretär im Finanzministerium war mein Mandant gemeinsam mit der zuständigen Fachabteilung und der ÖBIB in die Vorbereitung der Neuaufstellung der Staatsholding nach internationalen Standards involviert. Im Zuge dessen war er neben zahlreichen nationalen und internationalen ExpertInnen in inhaltliche, legistische sowie operative Vorbereitungen der Gesellschaft eingebunden“, lässt Schmid's Anwalt wissen.

Und weshalb ging die Personalberaterin davon aus, dass Schmid das Rennen um den ÖBAG-Vorstandsposten machen würde? Darauf wollte sie profil keine Antwort geben. ■

DAUMEN HOCH
Georg Spiegelfeld wurde Aufsichtsrat der Bundesforste.



THOMAS SCHMID
In Sachen Postenbesetzungen äußerst umtriebig.

AP/ANNE FOLZ